**Bundesgesetz
über die Zuständigkeiten im Bereich
des zivilen Nachrichtendienstes
(ZNDG)**

Entwurf

Änderung vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom¹,
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008² über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes wird wie folgt geändert:

Gliederungstitel vor Art. 1

1. Abschnitt (neu): Aufgaben und Organisation

Gliederungstitel vor Art. 3

2. Abschnitt (neu): Zusammenarbeit

Gliederungstitel vor Art. 5

3. Abschnitt (neu): Bearbeitung von Personendaten

Art. 5 Sachüberschrift

Aufgehoben

Gliederungstitel vor Art. 6

4. Abschnitt (neu): Bearbeitung von Personendaten, die gestützt auf das BWIS beschafft wurden

Art. 6 Sachüberschrift

Aufgehoben

¹ BBl 2013 ????
² SR 121

Gliederungstitel, einzufügen vor Art. 6a

5. Abschnitt (neu): Informationssystem äussere Sicherheit

Art. 6a (neu) Verantwortliches Organ

¹ Der NDB betreibt das Informationssystem äussere Sicherheit (ISAS).

² Er ist für die Sicherheit von ISAS und die Rechtmässigkeit der Bearbeitung der darin enthaltenen Daten verantwortlich.

Art. 6b (neu) Zweck

¹ ISAS dient zur Bearbeitung sicherheitspolitisch bedeutsamer Informationen über das Ausland, insbesondere aus den Bereichen internationaler Terrorismus, Proliferation, verbotener Nachrichtendienst sowie im Zusammenhang mit der Entwicklung von machtpolitischen Verhältnissen, regionalen Konflikten und militärischen Potenzialen.

² Es wird verwendet:

- a. zur Datenerfassung;
- b. zur Datenrecherche und Analyse;
- c. zur Lagefortschreibung;
- d. zur Ablage von Daten;
- e. zur Verwaltung von Akten.

Art. 6c (neu) Inhalt

¹ ISAS enthält Daten über natürliche und juristische Personen, Organisationen und Gegenstände sowie Ereignisse. Der NDB kann die Daten vernetzt erfassen sowie automatisiert auswerten.

² Es kann auch besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthalten.

³ Der NDB darf unrichtige Daten weiter bearbeiten, wenn dies für die Beurteilung der Lage oder einer Quelle notwendig ist. Er kennzeichnet die betreffenden Daten als unrichtig.

Art. 6d (neu) Qualitätssicherung

¹ Der NDB beurteilt die Erheblichkeit und Richtigkeit der Personendaten, bevor er sie in ISAS erfasst. Er beurteilt die Erheblichkeit und Richtigkeit einer in der Aktenablage zu erfassenden Meldung als Ganzes.

² Er überprüft periodisch, ob die in ISAS abgelegten Meldungen und die erfassten Personendaten zur Erfüllung der Aufgaben noch notwendig sind; er beurteilt dabei jede Meldung gesamthaft und die Personendaten im Einzelfall. Nicht mehr benötigte Daten werden gelöscht. Unrichtige Daten werden sofort korrigiert oder gelöscht; Artikel 6c Absatz 3 bleibt vorbehalten.

³ Er vernichtet Daten, die nicht in ISAS oder in einem anderen Informationssystem des NDB erfasst werden dürfen, oder sendet sie an den Absender zurück.

⁴ Er stellt vor jeder Weitergabe von Personendaten oder Produkten sicher, dass die Personendaten den rechtlichen Vorgaben nach diesem Gesetz genügen und ihre Weitergabe rechtlich vorgesehen und im konkreten Fall notwendig ist.

⁵ Die interne Qualitätssicherungsstelle des NDB sorgt mit internen Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NDB und mit der Durchführung regelmässiger Kontrollen dafür, dass die Qualität und die Relevanz der in ISAS bearbeiteten Daten gewährleistet ist. Falls in der Schweiz wohnhafte Personen in ISAS erfasst sind, wendet sie die Vorgaben von Artikel 15 Absatz 5 letzter Satz des Bundesgesetzes vom 21. März 1997³ über die Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit an.

Art. 6e (neu) Struktur

¹ ISAS besteht aus:

- a. einer Aktenablage zur Erfassung und Abfrage der vom NDB beschafften oder bei ihm eingehenden Daten;
- b. einem Analyse- und Lagefortschreibungssystem zur Bearbeitung, Auswertung und Analyse der Daten;
- c. einem Index zur Feststellung ob der NDB über eine Person, Organisation, einen Gegenstand oder ein Ereignis Daten im Analyse- und Lagefortschreibungssystem gemäss Buchstabe b bearbeitet.

² Es kann mit dem Informationssystem innere Sicherheit (ISIS) verbunden werden, um systemübergreifende Datenabfragen und Auswertungen nach Artikel 3 Absatz 1 zu ermöglichen.

Art. 6f (neu) Zugriffsrechte

¹ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NDB, die mit der Erfassung, Abfrage, Auswertung und Qualitätssicherung der Daten beauftragt sind, haben zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 6b Absatz 1 im Abrufverfahren Zugriff auf die Daten in ISAS.

² Systemübergreifende Datenabfragen nach Artikel 6e Absatz 2, dürfen nur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des NDB vorgenommen werden, die für ISAS und ISIS über die notwendigen Zugriffsrechte verfügen.

³ Im Abrufverfahren haben folgende Behörden Zugriff auf den Index:

- a. das Bundesamt für Polizei zur Durchführung gerichts- und sicherheitspolizeilicher Aufgaben und zur Überprüfung von Verdachtsfällen von Geldwäscherei und Terrorfinanzierung bei Meldungen von schweizerischen Finanzinstituten;

³ SR 120

- b. Staatsschutzstellen der Kantone zum Vollzug ihrer Aufgaben nach dem Bundesgesetz vom 21. März 1997⁴ über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS).

Art. 6g (neu) Weitergabe von Personendaten an inländische Behörden

¹ Der NDB kann Personendaten an inländische Behörden weitergeben, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig ist. Der Bundesrat bestimmt die betreffenden Behörden.

² Werden Erkenntnisse von anderen Behörden zur Strafverfolgung, zur Verhinderung von Straftaten oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung benötigt, so stellt der NDB ihnen diese unter Wahrung des Quellenschutzes zur Verfügung.

³ Der NDB weist die Strafverfolgungsbehörden auf die Herkunft der Daten hin. Das weitere Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung⁵.

Art. 6h (neu) Weitergabe von Personendaten an ausländische Behörden

¹ Der NDB kann ausländischen Sicherheitsbehörden Personendaten in Abweichung von den datenschutzrechtlichen Bestimmungen weitergeben, wenn ausreichende Garantien zum Schutz der betroffenen Personen vorliegen.

² Die Weitergabe ins Ausland muss unterbleiben, wenn die betroffene Person dadurch der Gefahr einer Doppelbestrafung oder ernsthafter Nachteile für Leib, Leben oder Freiheit im Sinne der Konvention vom 4. November 1950⁶ zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder anderer anwendbarer, von der Schweiz ratifizierter internationaler Abkommen ausgesetzt werden könnte.

³ Der NDB kann Personendaten an ausländische Sicherheitsbehörden weitergeben, wenn die Schweiz mit dem entsprechenden Staat diplomatische Beziehungen pflegt, und wenn ein Gesetz oder eine genehmigte zwischenstaatliche Vereinbarung es vorsieht oder wenn:

- a. dies zur Wahrung eines überwiegenden öffentlichen Interesses; wie der Verhinderung oder Aufklärung eines auch in der Schweiz strafbaren Verbrechens notwendig ist;
- b. dies zur Begründung eines schweizerischen Ersuchens um Information notwendig ist;
- c. die betroffene Person der Mitteilung zugestimmt hat oder die Mitteilung zweifelsfrei im Interesse der betroffenen Person liegt;
- d. der ersuchende Staat schriftlich zusichert, über das Einverständnis der betroffenen Person zu verfügen und er mit Hilfe der Mitteilung beurteilen kann, ob die betroffene Person an klassifizierten Projekten des Auslands im Bereich der inneren oder äusseren Sicherheit mitwirken oder Zugang zu

⁵ SR 312.0

⁶ SR 0.101

klassifizierten Informationen, Materialien oder Anlagen des Auslands erhalten kann;

- e. dies zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen der Schweiz oder des Empfängerstaates notwendig ist; oder
- f. dies zum Schutz von Leib und Leben von Dritten notwendig ist.

Art. 6i (neu) Weitergabe von Personendaten an Dritte

Die Weitergabe von Personendaten an Dritte ist nur zulässig, wenn:

- a. die betroffene Person der Weitergabe zugestimmt hat oder die Weitergabe zweifelsfrei im Interesse der betroffenen Person liegt;
- b. die Weitergabe notwendig ist, um eine schwere unmittelbare Gefahr abzuwehren;
- c. die Weitergabe notwendig ist, um ein Auskunftsgesuch zu begründen.

Art. 6j (neu) Auskunftsrecht

Verlangt eine Person Auskunft darüber, ob in ISAS Daten über sie bearbeitet werden, so wird das Gesuch nach den Artikeln 8 und 9 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992⁷ über den Datenschutz behandelt.

Art. 6k (neu) Aufbewahrungsdauer

Die Daten werden so lange wie nötig aufbewahrt, höchstens aber so lange, wie die vom Bundesrat festgelegte Aufbewahrungsfrist dies vorsieht. Sie können je nach dem Resultat der Qualitätskontrolle schon vorher vernichtet werden.

Art. 6l (neu) Archivierung

¹ Der NDB bietet nicht mehr benötigte oder zur Vernichtung bestimmte Daten und Akten dem Bundesarchiv zur Archivierung an.

² Er kann während der Schutzfrist einzelfallweise Personendaten einsehen, die er dem Bundesarchiv zur Archivierung übergeben hat, sofern dies zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig ist.

³ Daten und Akten aus dem direkten Verkehr mit ausländischen Sicherheitsdiensten und aus der operativen nachrichtendienstlichen Tätigkeit werden durch das Bundesarchiv in besonders gesicherten Räumen des NDB archiviert. Sie unterliegen einer 50-jährigen Schutzfrist.

⁴ Der NDB vernichtet die vom Bundesarchiv als nicht archivwürdig bezeichneten Daten und Akten.

⁷ SR 235.1

Art. 6m (neu) Ausführungsbestimmungen

¹ Der Bundesrat legt fest:

- a. die Zuständigkeiten bei der Datenbearbeitung;
- b. die Zugriffsrechte;
- c. die Häufigkeit der Qualitätssicherung unter Berücksichtigung der Schwere des durch die Datenbearbeitung bewirkten Eingriffs in die verfassungsmässigen Rechte;
- d. die Aufbewahrungsdauer der Daten unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse des NDB in Bezug auf die jeweiligen Aufgabengebiete;
- e. die Löschung der Daten;
- f. die Datensicherheit.

² Das VBS legt die Datenfelder fest.

*Gliederungstitel vor Art. 7***6. Abschnitt (neu): Quellenschutz, Entschädigungen und Prämien***Art. 7 Sachüberschrift*

Aufgehoben

*Gliederungstitel vor Art. 8***7. Abschnitt (neu): Kontrolle***Art. 8 Sachüberschrift*

Aufgehoben

*Gliederungstitel vor Art. 9***8. Abschnitt (neu): Schlussbestimmungen****II**

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.